

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 3 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUS. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

16. Jahrgang

Donnerstag, 5. März 1936

Nr. 55

860.392 Arbeitslose

Wie der Pressedienst des Ministeriums für soziale Fürsorge mitteilt, betrug die Anzahl der nichtuntergebrachten Stellenbewerber Ende Feber 1936 insgesamt 860.392 Personen. Gegen Ende Jänner, da es nach den definitiven Zählungsergebnissen 850.010 Arbeitslose gab, bedeutet dies demnach ein Ansteigen von 10.282 Personen. Vergleichen wir die Arbeitslosigkeit Ende Feber 1936 mit den bezüglichen Zahlen derselben Zeit in den früheren Jahren, so können wir feststellen, daß die Zahl der Arbeitslosen Ende Feber 1933 920.182, Ende Feber 1934 844.284, Ende Feber 1935 833.194 und Ende Feber 1936 wie gesagt 860.392 betragen hat. Es ist also heuer die Zahl der Arbeitslosen Ende Feber 1936 größer als in der gleichen Zeit 1934 und 1935, aber kleiner als 1933. Festzustellen ist ferner, daß das Anwachsen der Arbeitslosigkeit im Monat Feber 1936 1,2 Prozent betrug, im vorigen Jahr aber 1,9 Prozent. Die günstige Witterung im Feber hat zweifellos sich dahin ausgewirkt, daß an einzelnen Orten bereits mit den Bauarbeiten begonnen wurde und so das Ansteigen der Arbeitslosigkeit im heurigen Feber geringer ist als im Feber des Vorjahres. Die absolute Differenz der Arbeitslosen allerdings ist außerordentlich hoch und es müssen daher die öffentlichen Investitionen, für 1936, die insgesamt drei Milliarden Kč betragen, ehestens in Angriff genommen werden. Die erste Etappe dieser Investitionen wird, wie seinerzeit der Ministerpräsident ausgeführt hat, Ende Feber in den Plänen und Vorarbeiten fertiggestellt sein, so daß unverzüglich mit der Aufnahme der Arbeiten begonnen werden muß. Auch das Baugesetz muß im Parlament beschleunigt durchberaten werden. Was dazu zu sagen ist, finden unsere Leser an anderer Stelle.

England bleibt skeptisch Vorarbeiten für das Petroleum-Embargo werden fortgesetzt

Genf. Mandin und Eden haben Genf verlassen und werden erst wieder am 10. März zu der Sitzung des Dreiecksausschusses zurückkehren, in der die Antworten Italiens und Abessinien auf die Aufforderung, die Feindseligkeiten einzustellen, bekanntgegeben werden sollen. Amtliche Pariser Stellen erwarten, daß Mussolini diesmal die freundschaftliche Aufforderung, an der Frankreich bedeutenden Anteil habe und die Italien die Möglichkeit einer ehrenvollen Beendigung des Streites lasse, nicht ohne positive Antwort lassen wird. Auch die französische Delegation in Genf legte das feste Vertrauen in den Abschluß des Friedens in Ostafrika an den Tag.

Mit größter Skepsis betrachtet dagegen die englische Delegation die möglichen Ergebnisse der Friedensaktion. Sie beharrt darauf, daß die technischen Ausschüsse für die Sanktionen ihre Vorarbeiten zum 10. März wenigstens zum Teil vorbereitet haben, damit für den Fall, daß die italienische Regierung das Genfer Angebot nicht annimmt, sofort weitere Sanktionsmaßnahmen ergriffen werden können.

Das 18gliedrige Sanktions-Komitee ging auch am Mittwoch an die weitere Beratung seiner Tagesordnung. Neben der Leiprungsbezeichnung der Waren, wodurch die Wirtschaftssanktionen gegen die Einfuhr italienischer Waren verschärft werden sollen, stehen in dieser Tagesordnung die Einzelheiten der Durchführung des Petroleumembargos.

Rom äußerst zurückhaltend

Rom. (Telef.) Die italienischen politischen Kreise beurteilen den Appell des Dreiecksausschusses des Völkerbundes zur Einstellung der Feindseligkeiten und zur verbindlichen Lösung des Konfliktes äußerst zurückhaltend. Der Standpunkt der italienischen Regierung wird wahrscheinlich schon diesen Samstag nach einem Ministerrat bekanntgegeben werden. Trotzdem kann aber schon jetzt gesagt werden, daß niemand in Italien in dem Genfer Appell ein Maximum erblickt. Allerdings ist hinzuzufügen, daß die Erklärung des britischen Außenministers Eden über ein eventuelles Petroleum-Embargo hier keinen guten Eindruck hervorgerufen hat.

Auch Ras Imru geschlagen

N. S. M. A. Der italienische Heeresbericht meldet, daß nun auch Ras Imru, der die letzte intakte Heeresgruppe an der Nordfront im Gebiet von Gosham befehligte, geschlagen worden ist. Sein Heer befindet sich in völliger Auflösung auf dem Rückzug. Badoglio erklärte Journalisten gegenüber, daß die Abessinier an der Nordfront 150.000 Mann gehabt hätten; heute seien es nicht mehr Soldaten, sondern bloß Flüchtlinge.

Die Truppen des Ras Imru werden ununterbrochen von italienischen Fliegern verfolgt. Sie erleiden beim Uebergang über den Tazage schwere Verluste.

Nach der Niederlage der abessinischen Truppen im Norden und nach ihrer Peripherisierung erwartet man, daß demnächst die Offensive des Generals Graziani gegen die einzige abessinische Armee, die noch zusammenhält, nämlich gegen die Armee des Ras Kasibu eröffnet werden wird, die auf der Linie Schididiga-Harar und längs der Eisenbahn nach Dschibuti ihre Positionen eingenommen hat. Die italienischen Kolonnen, die den Amba Magi besetzt haben, sind jetzt zur weiteren Offensive bereit.

Lücken in der Wohnungsfürsorge

Zwei notwendige Ergänzungen der Bauförderung

Der im Parlament zur Verhandlung stehende Gesetzentwurf über die Baubewegung geht von der richtigen Erkenntnis aus, daß eines der besten Mittel zur Bekämpfung der Krise und der Arbeitslosigkeit die Wiederbelebung der gemeinnützigen und auch der privaten Bautätigkeit ist. Durch das völlige Darniederliegen der Bautätigkeit ist im vorigen Jahre die Krise noch bedeutend verschärft worden. Die Schlüsselposition des Baugewerbes im allgemeinen Wirtschaftsleben ist bekannt. Deshalb kann es nur wärmstens begrüßt werden, daß es der Initiative des Fürsorgeministeriums wiederum gelungen ist, nach langwierigen Verhandlungen wenigstens einen Teil seiner guten Absichten in einem neuen Gesetzentwurf über die Bauförderung niederschreiben und den entscheidenden Körperschaften zuzuleiten. Es tut aber dem Verdienst der Initiatoren dieses Entwurfs und insbesondere des Ministers F. C. S. seinen Abbruch, wenn wir darauf hinweisen, daß der in Verhandlung stehende Entwurf dem Umfang der gestellten Aufgaben keineswegs gerecht wird und in mancher Hinsicht einer Ergänzung durch weitere legislative Maßnahmen bedarf. Die tiefgehenden Veränderungen des sozialen Geschehens der arbeitenden Bevölkerung im Verlaufe eines halben Jahrzehntes Krisendauer müssen

auch in der öffentlichen Wohnungspolitik eingehend berücksichtigt werden.

1. Das Wohnungsproblem des kleinen Mannes

Das Leben geht auch in der Krise weiter. Es wächst eine neue Generation heran, die nur unter größten Schwierigkeiten die primitivsten Voraussetzungen eines menschenwürdigen Daseins erringen kann. Billige Wohngelegenheiten für junge Ehepaare sind immer schwerer zu haben. Solche Mietwohnungen trachten in der Stadt, wie auf dem Dorfe, die Hausbesitzer entweder für die eigenen Kinder oder Verwandten oder sonstige nahelebende Leute freizumachen. Die Nachfrage wird immer größer, das Angebot immer kleiner. So wird heute in manchen Wohnervaldörfern für arbeitslose Leute eine Gegenleistung verlangt, die in Geld umgerechnet bis zu 1800 Kronen jährlich anzuschlagen ist, also den Mietwert von Zimmer und Küche in städtischen Neubauten erreicht. Bei der steigenden Abhängigkeit des armen Teufels von Arbeit und Obdachgeheim vollzieht sich die Mietbildung in den Dörfern immer mehr außerhalb der materiellen Leistungsfähigkeit der Wohnungsfürsorge. Sehr groß ist die Zahl derer, die auf einem kleinen Grundstück entweder mit eigenen Ersparnissen, aus Mitgiftkronen, oder mit Darlehen von Verwandten ein Häuschen erbauen möchten. Haben sie dazu einen kleinen Startkapital oder eine Wiese für Flegelkutter, dann wären solche Familien mit einem Schlag viel kräftiger, als vorher. Einmal ist der Bauhübe selbst Bauarbeiter, oder in der Verwandtschaft gibt es Maurer und Zimmerleute — kurzum: die individuelle Bauweise auf dem Dorfe ist die billigste. In fast allen diesen Fällen fehlen aber einige tausend Kronen Baugeld. Mit 5—10.000 Kronen billigen Darlehens würde den Leuten zumeist geholfen. Doch gegen kleine Baubewerber besteht ein regelrechter Darlehensstreik. Die örtlichen Geldinstitute sind meist wenig oder gar nicht leistungsfähig. Die größeren Geldinstitute, wie die Landes- und Landeshypothekbank suchen aus Bequemlichkeitsgründen größere Mäntiger. Kleinere Bauarbeiten waren bisher fast nur von der Zentralsozialversicherungsanstalt zu haben. Der Bewerber mußte jedoch in den letzten drei Jahren 100 Versicherungswochen aufweisen und im Sinne der Bauförderungsgesetze die Staatsgarantie erweisen. Für die Zuerkennung der Staatsgarantie werden indes von einem armen Teufel am Dorf draußen genau die gleichen Formalitäten verlangt, wie von einer großen Baugenossenschaft, die über juristisch und administrativ geschulte Sachleute verfügt. Der zentralistische Aktengang über zwei Abteilungen der Landesbehörde bis ins Ministerium ist für einen kleinen Bauwerker das beste Abschreckungsmittel. Jede unwesentliche Ergänzung braucht über die Bezirksbehörden wochen- oft monatelang und ohne Interventionen ist innerhalb Jahresfrist kaum eine Erledigung zu erzielen. Es gibt aber auch Fälle, wo auch ohne die 100 Beitragswochen in den letzten drei Jahren die Sicherheit für Rückzahlung und Amortisation gegeben wäre. Ihnen ist unter den gegebenen Umständen beim besten Willen kein Darlehen und keine Staatsgarantie zu verschaffen. Es kann aber nicht im Interesse der öffentlichen Verwaltung liegen, den Bevölkerungsüberschuß immer mehr in die Armenhäuser der Städte und Industrieorte zu konzentrieren. Das Bauproblem des kleinen Mannes erfordert daher unbedingt eine Sonderregelung. Eine zweckentsprechende Lösung wäre ohne weiteres durch Ausgestaltung des Wohnungsfürsorgefonds möglich. Dieser Fonds, der im alten Oesterreich 1910 geschaffen und anteilmäßig in die Republik übertragen wurde, verfügt über ein Stammkapital von 50 Millionen Kronen. Davon können zusammen bis zu 350 Millionen Kronen garantiert werden. Das Statut des Wohnungsfürsorgefonds sieht außerdem auch eine direkte Darlehensgewährung vor — allerdings nur für Bauverhaben von Staats- und öffentlichen Angestellten. Für diese Schichten sind inzwischen durch die Sozialhilfe Mittel gesichert worden, so daß die Ausdehnung der Kreditgewährung auf kleine Bauwerker, die weder durch die kommunale, noch

Stalin über Kriegsgefahr

Japan im Osten und Deutschland im Westen
Angriff Japans gegen die Außenmongolei bedeutet Krieg

Moskau. Stalin gewährte am 1. März Now S. M. B. dem Präsidenten des amerikanischen Zeitungsstruktus „Scripps Howard Newspapers“ ein Interview. Die Moskauer Blätter veröffentlichen nunmehr den Inhalt dieser Unterredung.

Howard fragte u. a.: Welche Haltung wird die Sowjetunion einnehmen, falls sich Japan zu einem ersten Angriff gegen die mongolische Volksrepublik entschließen sollte?

Stalin: Falls sich Japan zu einem Angriff gegen die mongolische Volksrepublik entschließt und einen Aufbruch auf deren Unabhängigkeit unternehmen sollte, werden wir der mongolischen Volksrepublik für auswärtige Angelegenheiten Stomonaslow hat dies schon vor kurzem dem japanischen Botschafter in Moskau erklärt. Wir werden der mongolischen Volksrepublik ebenso helfen, wie wir ihr im Jahre 1921 geholfen haben.

Stalin bestätigte dann noch ausdrücklich auf Howards Frage, daß ein japanischer Versuch, sich der mongolischen Hauptstadt Ulan Bator zu bemächtigen, zu einer positiven Aktion der Sowjetunion führen würde. Die Japaner hätten ausbleibend fort. Truppen an der Grenze der mongolischen Volksrepublik anzuhäufen, doch seien neue Versuche von Grenzüberdrückungen vorläufig nicht festzustellen.

Howard stellte dann die weitere Frage, ob die Sowjetunion aggressive Absichten gegen Deutschland und Polen habe, bzw. eine militärische Zusammenarbeit der beiden Staaten fürchte, die zur Verwirklichung der aggressiven Absichten dienen soll. Wie stelle sich die Sowjetunion einem derartigen Angriff seitens Deutschlands vor, wo doch Polen erklärte, daß es sein Territorium nicht als Operationsbasis irgendwelcher ausländischer Truppen gegen einen dritten Staat hergeben werde?

Stalin antwortete darauf: Die Geschichte lehrt, daß, wenn irgend ein Staat gegen einen anderen Staat Krieg führen will, auch wenn es kein Nachbarstaat ist, er die Grenzen zu suchen beginnt, über welche er in das Gebiet des Staates, den er angreifen will, einfallen kann. Weiß vllt ein aggressiver Staat solche Grenzen auch zu finden. Er findet sie entweder mit Gewalt, wie es 1914 der Fall war, als Deutschland Belgien überfiel, um einen Schlag gegen Frankreich zu führen, oder er nimmt eine solche Grenze „auf Kredit“, wie Deutschland es in bezug auf Lettland im

Jahre 1918 tat, als es den Versuch unternahm, durch Lettland nach Leningrad durchzustoßen. Ich weiß nicht, welche Grenzen Deutschland für seinen Zweck verwenden kann, doch glaube ich, daß sich ein Staat finden könnte, der bereit wäre, ihm seine Grenze „auf Kredit“ zu geben.

Howard: In der ganzen Welt spricht man vom Kriege. Wenn der Krieg wirklich unvermeidlich ist, wann wird er Ihrer Ansicht nach ausbrechen?

Stalin: Das läßt sich unmöglich voraussagen. Der Krieg kann unerwartet ausbrechen. Deutzutage werden Kriege nicht erklärt; sie fangen einfach an. Andererseits glaube ich aber, daß die Positionen der Friedensfreunde sich festigen.

Howard: Falls wirklich ein Krieg ausbricht, in welchem Weltteile kann er früher ausbrechen?

Stalin: Meiner Ansicht nach gibt es zwei Herde der Kriegsgefahr. Der erste Herd befindet sich im Fernen Osten in der Zone Japans. Der zweite Herd befindet sich im Westen in der Zone Deutschlands. Es ist schwer zu sagen, welcher dieser beiden Herde die größte Gefahr bedeutet. Vorläufig zeigt der Gefahrenherd im Fernen Osten die größere Aktivität. Es ist jedoch möglich, daß sich das Zentrum dieser Gefahr nach Europa verchieben wird. Dafür spricht z. B. das kürzliche Interview, welches Hitler einer französischen Zeitung gewährt hat. In diesem Interview bemüht sich Hitler, scheinbar sehr friedliebende Dinge zu sagen, doch durchsetzt er diese seine „Friedensliebe“ so reichlich mit Drohungen gegen Frankreich und die Sowjetunion, daß von dieser ganzen „Friedensliebe“ nichts übrig bleibt.

Zwischenfall an der ägyptisch-lybischen Grenze

Kairo. Die Zeitungen beschäftigen Gerüchte über die Festnahme einer italienischen Militärpatrouille durch ägyptische Soldaten an der libyschen Grenze. Es handelte sich um eine Autopatrouille aus einem Unteroffizier und drei Soldaten sowie einem Zivilbeamten bestehend. Sie passieren aus Unkenntnis die ägyptische Grenze und wurden einige hundert Meter von der Grenze entfernt festgenommen.

durch die genossenschaftliche Wohnungsfürsorge erfüllt werden können, durchaus möglich wäre. Diese Erweiterung des Aufgabentfeldes und eine bessere Dotierung des Wohnungsfürsorgefonds könnten die Wohnbautätigkeit auf dem Lande außerordentlich beleben. Das Verfahren müßte entbürokratisiert werden. Zur Beurteilung der Bedürftigkeit und Kreditwürdigkeit der einzelnen Gefuchsteller, sowie der Zweckmäßigkeit ihrer Bauvorhaben, könnten die Bezirksbehörden oder bei ihnen zu bestellende gemeinnützige Hilfsorgane herangezogen werden. Auf Grund der Sätzungsprotokolle der bei den Bezirken amtierenden Staatsbeamten könnte die Bezirksverwaltung die definitive Entscheidung fällen. Ein Hindernis für diese Lösung bilden zweifellos die Risiken, welche mit der Kredit- oder Garantiegewährung an individuelle Kleinbauherren verbunden sind. Diese Risiken sind aber mit jeder Form der öffentlichen Wohnungsfürsorge verbunden. Die Ueberschließung eines Darlehens von 5000 bis 10.000 Kronen würde den Staatsfiskus nicht mehr belasten, als die normale Amuitätenleistung pro Wohnpartei in einer staatsubventionierten Armenwohnung oder Arbeitslosenfiedlung. Der Staat hat jedenfalls ein eminentes sozialpolitisches Interesse daran, die Landflucht durch vornehmende Maßnahmen einzuschränken und möglichst vielen Familien ein Obdach in ihrer Heimat zu sichern.

2. Das Wohnungsproblem der Arbeitslosen

Das ist, unter den heutigen Zeitumständen, die Achillesferse jeder öffentlichen Bauförderung. Viele Baugenossenschaften sind durch die Arbeitslosigkeit und Zahlungsunfähigkeit eines Teiles ihrer Mitglieder notleidend geworden. Auch die Verwaltung der von Gemeinden erhaltenen Volkswohnungen gerät vielfach aus dem gleichen Grunde passiv. Eine der Ursachen dieser Schwierigkeiten liegt zweifellos mit darin, daß die gemeinnützigen Bauherren oftmals auch Objekte miterhalten müssen, die in den Jahren 1927, 1928 und 1929 infolge des Aussehens jeglicher dieser Staatsbeihilfe gebaut werden mußten. Diese Häuser sind vor der Krisenzeit, bei hohen Materialpreisen erstellt worden und ihre Mietzinsen sind für normale Wirtschaftsverhältnisse falluliert. Nun soll die Verzinsung und Amortisation derartiger Objekte in einer Situation herausgewirksamkeit werden, die sich seit den Baujahren um gut 50 Prozent verschlechtert hat. Daraus resultieren die meisten Schwierigkeiten der gemeinnützigen Bauvereinigungen und der Gemeinden, die fortlaufend gebaut haben. Zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten und zur erneuten Flotmachung der Baulust solcher Institutionen wäre es notwendig, auf Grund einer besonderen gesetzlichen Regelung die nur mit Staatsgarantie unterstützten Kleinwohnungsbauten nachträglich durch den mit dem Gesetze Nr. 45 v. J. 1930 eingeführten Staatsbeitrag von 2 1/2 % der Summe der Hypothekendarlehen zu subventionieren.

Sehr begreifbarwert ist die im Hauptstück V des Baugesetzes vorgesehene dreiprozentige Subventionierung von Mietshäusern für Arme, welche durch die Gemeinden errichtet werden. Auch wenn — wie im Entwurf vorgesehen — die Gemeinden ein weiteres Prozent zur Verzinsung zustücken, so werden diese Wohnflächen von maximal 24 Quadratmeter (evtl. mit zehn Quadratmeter großer Kammer) eine Jahresmiete bis zu 600 Kronen erfordern. So ist zu befürchten, daß gerade unsere Notstandsgemeinden

von den Wohltaten dieses Gesetzes nur bescheidenen Gebrauch machen können. Die wegen Arbeitslosigkeit Delogierten, die nun den Gemeinden zur Last fallen, vermögen einen laufenden Mietzins in den meisten Fällen überhaupt nicht zu bezahlen. Soll diese Wohltat des Gesetzes auch unseren ärmsten Notstandsgemeinden zugute kommen, deren Armenhäuser überfüllt sind, dann müßte die Durchführung möglichst elastisch gehalten werden. Den künftigen Wohnpartei wäre dabei zu ermöglichen, daß sie durch eigene Arbeitsleistung den Bauaufwand und dadurch ihren Mietzins herabdrücken. Die Wohnungsfürsorge für die schwererbetroffenen Krisenopfer erfordert eine organische Verbindung mit dem Prinzip der produktiven Arbeitslosenförderung, wobei der Berücksichtigung der speziellen örtlichen Verhältnisse, zum Beispiel in den betrieblernen Erzeugergemeinden, genügend Spielraum zu lassen ist.

3. Wohnungsfürsorge und Arbeitsbeschaffung

Vom Standpunkte einer möglichst weitgehenden Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Bauförderung ist es zu beklagen, daß der neue Entwurf eine ziemliche Beschränkung hinsichtlich der Einbeziehung von Mittelstandswohnungen enthält. Es handelt sich dabei um eine Schicht, die durch die Krise nicht mit Arbeitslosigkeit, sondern durch eine Kürzung ihrer Einkommen betroffen wurde, die aber immerhin auf dem Wohnungsmarkt eine gewisse Kaufkraft in die Waagschale zu werfen hat. Die Mobilisierung dieser Kaufkraft mit Hilfe der öffentlichen Bauförderung wird erschwert, wenn die staatliche Bürgschaft wesentlich auf die Errichtung von Kleinwohnungen bis zu 40 Quadratmeter konzentriert wird. Zwar kann die Staatsgarantie auch auf Neubauten ausgedehnt werden, die mindestens die Hälfte der Mietobjekte als Kleinwohnungen vorsehen, doch es liegt ein Rückschlag auf dem Gebiete der staatlichen Wohnungsfürsorge in doppelter Beziehung vor. Die bisherige Möglichkeit der Gewährung eines Zinszuschusses bis zu 2 1/2 % für Kleinwoh-

nungen entfällt und aus der Staatsgarantie werden alle Bauvorhaben ausgeschlossen, die nicht der Schaffung von Kleinwohnungen dienen können oder aus wohnungskulturellen und wohnungspolitischen Gründen wollen. In diesen Punkten waren offensichtlich fiskalische Hindernisse stärker, als die gute Absicht des Fürsorgeministeriums. Das Risiko einer Ausdehnung der Staatsgarantie auch auf mittelständische Kleinwohnungsbauten und Genossenschaftswohnungen fiel kaum ins Gewicht und würde durch eine dadurch vergrößerte Bautätigkeit reichlich aufgehoben. Schließlich ist vom Standpunkte der Arbeitsbeschaffung noch zu bedauern, daß neben der Steuerbefreiung auf 25 Jahre für Neubauten (24 bzw. 23 Jahre vom Baujahr 1937 bzw. 1938) auch die Abgabefreiheit an die Fertigstellung bis Ende 1936 gebunden wird. Das bedeutet angesichts der fortgeschrittenen Jahreszeit einen Anreiz für überstürztes Bauen und zu einer gleichzeitigen unangenehmen Verteuerung der Baumaterialpreise. Folgende Uebersicht über die Preise am Prager Platz zeigt schon den bedrohlichen Umfang der bisherigen Baukostensteigerung. Es sind seit dem Vorjahre im Preise gestiegen:

Bauholz	10%
Eisen (Verträge)	70%
Zement	25%
Ziegel	15%
Glas	22%
Röhren (Heizkörper)	100%

Wenn dieser Entwicklung nicht energisch Einhalt geboten wird, dann ist zu befürchten, daß die von der Staatshilfe wieder die Bauten verteuert, die Mieten erhöht werden und daß ein großer Teil der Baukosten auf Kosten der Lohn für die Bauarbeiter in Profit für Kartelle und Aktionäre umgemünzt wird.

Das Wohnungsproblem der kleinen Bauknechte auf dem Lande und der dauernd Arbeitslosen in den Städten und Industrievororten erfordert in jedem Fall eine besondere Lösung. W. J.

Beneš an die Lehrer

Der Präsident der Republik hat an eine Deputation des Verbandes der tschechoslowakischen Lehrerschaft eine Kundgebung erlassen, in der er die Aufgaben der Lehrer in der Demokratie bespricht. „Durch eine vernünftige Erziehung bereiten wir zarter Jugend an“ so sagt er, „müß die Seele des künftigen Staatsbürgers geleitet werden“. Viel Gelegenheit sei dazu in der Vorkunde, welche Möglichkeit noch nicht voll ausgenutzt wird. Die häufige Veränderung der Lehrer mit den Eltern, wird die Aufgabe der Lehrer erleichtern. Bemerkenswert ist auch, daß sich der Präsident für die Selbstverwaltung der Schüler ausspricht.

Die Kundgebung des Präsidenten schließt mit einem Bekenntnis zu Friede und Demokratie: „Und fallen wir hauptsächlich bei der Diskussion und der Kritik, welche in der Demokratie selbstverständlich sind, niemals in einen Regierismus. Alles was wir tun, muß synthetisch und konstruktiv sein. Und haben wir schließlich den Glauben an den Erfolg unserer Arbeit, den Glauben an die Demokratie, die Republik, unseren Staat und die Nation!“

Kramář-Partei und Koalition

„Národní Svobozenci“ kommt in seiner Ausgabe vom 4. März auf die Verhandlungen

zwischen den Agrariern und den Nationaldemokraten wegen eines eventuellen Eintritts der Letzteren in die Koalition und Regierung zu sprechen. Das Blatt weist auf die seinerzeitigen Ausführungen des Ministerpräsidenten hin, der gesagt hat, daß die Erweiterung der Koalition eine Konsolidierung sein müßte und der innere Zusammenhalt der Koalition nicht erschüttert werden dürfe. Insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht bestünde das Programm der Koalition in einer Ablehnung vom Liberalismus und die Erweiterung der Koalition kann an diesem Programm nichts ändern. Außerdem könne an der Außenpolitik des Staates nichts geändert werden.

„Národní Svobozenci“ glaubt nun, daß angesichts der Erklärungen des Ministerpräsidenten der Eintritt der Nationaldemokraten in die Regierung nicht möglich sei, weil der Führer dieser Partei, Dr. Kramář, in Opposition zur Außen- und Wirtschaftspolitik der Regierung stehe. Dazu kommt noch, daß sich Dr. Kramář bei den Wahlen mit einem Mann verbunden habe, der für die Koalitionsmehrheit untragbar sei. Dieser Mann, Stříbrný, sei aber bis heute Vorherrscher-Stellvertreter des „Národní Svobozenci“. Das zitierte Blatt glaubt daher, daß die Koalitionsmehrheit die Zustimmung zu den Plänen der agrarischen Rechte nicht geben werde.

Rascher Wandel

Was in der KPC innerhalb von sieben Monaten alles möglich ist

In der Plenarsitzung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale sagte Stanisky (Erfahrter der Komm. Parlamentsfraktion):

„Denken wir nur daran, in welcher Situation sich die KPC befand. (Am VI. Weltkongress, D. R.) Infolge der falschen Politik der damaligen Führung der KPC machte sie die schwerste innerparteiliche Krise durch und befand sich in einer Isolierung von den breiten Arbeitermassen. Der VI. Weltkongress richtete an die gesamte Mitgliedschaft der KPC einen offenen Brief (den wieweiligen? D. R.), in dem die der gegebenen Situation ausprophetischen Aufgaben unter der Lösung: von der opportunistischen Passivität zur bolschewistischen Aktivität zusammengefaßt wurden. Dieser Beschluß, der auf die Initiative der linken Opposition zustande kam, fand zwar die Zustimmung der gesamten Delegation der tschechischen Partei auf dem VI. Weltkongress, was aber nicht gleichbedeutend damit war — wie die folgenden Ereignisse bewiesen —, daß die damalige Parteiführung auch wirklich mit ihm übereinstimmte. . . . Heute geht die Partei in die nächste Periode verhärteter Kämpfe, um vieles ideologisch besser gerüstet und organisatorisch gestärkter als je zuvor. Die Führung der Partei, mit dem Genossen Gottwald an der Spitze, ist eine stabile Führung, wie sie die Partei noch nie hatte.“

Das sagte Stanisky im Juli anno 1935. Am 26. Februar 1936 erläßt die KPC folgenden Aufruf:

„. . . Das erweiterte Zentralkomitee der KPC bestätigt den Beschluß des Politbüros des ZK über die Abberufung der Genossen Jan Svoboda und Rudolf Stanisky von der Funktion von Mitgliedern des Sekretariats des ZK der KPC.“

In der gleichen Sitzung des Zentralkomitees stellte eben dieses Zentralkomitee fest, daß die Hauptverantwortung für alle Fehler die Führung der KPC zu tragen habe. Uebrigens wurde noch so nebenbei auch der Chefredakteur des „Rude Právo“ aus der Partei ausgeschlossen, da er sich „als Klassenfeind enthielt“. . . . und „überhaupt wegen seiner Vergangenheit ein fremdes Element ist, das in der revolutionären Bewegung niemals hätte Platz haben sollen“. Ein „Siebenmonatsklub“ also war „die stabile Führung, wie sie die Partei noch nie hatte“.

Wie lange werden die neu ernannten geführten Führer ihre historische Rolle spielen dürfen?

Neuer Präsidialchef des Schulministeriums. Zum neuen Präsidialchef im Schulministerium wurde Ministerialrat E. Šubert, zum Vorstand der Personalabteilung Oberfeldmarschall V. Pálka und zum Professorreferenten Dozent Dr. K. Zuppa ernannt.

Der tschechische Landesausflug hat Mittwoch u. a. die Aufstellung der Landesstudienten an die tschechischen und deutschen Theater im Gesamtbetrag von 1.2 Millionen KC vorgenommen. Zu Mitgliedern des Kuratoriums des Hilfsfonds nach dem Gesetz über die finanziellen Maßnahmen auf dem Gebiete der Selbstverwaltung wurden gewählt: Kroužek, Macháček, Dr. Kubíša, Dr. Hájek, Šmejkal, Petrovich, Glaváček und Grund.

MÄNNER, FRAUEN UND WAFFEN

Roman von Manfred Georg

Copyright by Dr. Manfred Georg, Prag

„Sie gehören schon lange offiziell den Ultralinken an?“

„O ja, es ist das sicherste Mittel, die Dinge vorwärts zu treiben. Daß sie anderswo hingehen, als meine Freunde glauben, ist ja eine zweite Sache. Uebrigens bin ich außerdem, was Sie ja sicher wissen, Uebervachungsleiter für unsere Kolonne. Erst neulich ist es mir gelungen, einen Ingenieur in der unmittelbaren Umgebung von Makropulos aus seiner Tarnung herauszulocken. Es ist wie im Kriege: wir werden ja auch bespioniert. Ich hätte übrigens gern die Personalien Ihrer Sekretärin. Herr Makropulos erzählte mir, daß sie in unsere Dienste tritt.“

„Aber nein, das ist doch übertrieben. Sie arbeiten vorläufig mit mir in einer völlig privaten Angelegenheit.“

„Entschuldigen Sie, bitte. Dann bin ich falsch unterrichtet. — Wenn Sie zurückkommen, schreiben Sie mir hierher. Auch wenn Sie sonst Wünsche haben. Es geht alles über das Geschäft des Bruders von Herrn Makropulos. Die Adresse haben Sie?“

„Rein.“

„Also, dann notieren Sie, bitte.“

Er nannte einen Vaden für modische Kleinigkeiten, dessen Schild „La Parisienne“ Schumann gesehen zu haben sich erinnerte. Dann erwähnte er seinerseits die Möglichkeiten, die ihm besonders dienlich schienen. Vor allem brauche er die Verwirrung der Meinung des Auslandes, die ihm augenblicklich allzu günstig für die offizielle Regierung zu werden schien. Er schloß:

„Natürlich ist es alles eine Frage der Waffen. Ich brauche überall nicht an den Grenzen Depots, muß aber auch sehr viel schon herüber bekommen. Bisher ist in dieser Hinsicht so gut wie noch gar nichts geschieden.“

Schumann schien Glazunoffs Realpolitik durchaus passabel. Er entdeckte bei ihm einen bösen, grausamen Zug, der austrat, wenn Glazunoff am Schluß seiner Rede in ein mechanisch erstarrtes Lächeln überging, das sekundenlang stehen blieb wie ein Filmbild, das der Kurzbild nicht weiter drehte.

„Wer war das?“ fragte Dandé, als Glazunoff gegangen war.

„Ein Geschäftsfreund.“

„Ich sah ihn nur zufällig auf dem Korridor. Ein jehuslicher Aechel!“

„Das muß man in Kauf nehmen. Du hast ja auch nichts mit ihm zu tun. Also wir fahren. Deine Uebersiedel-Angelegenheiten werden wir in Paris regeln. Hier ist keine Zeit mehr dazu.“

Kurz darauf erhielt Dandé wieder den Besuch ihres Bekannten mit der Mühe. Schumann hätte sie im Nebenzimmer heftig streiten, unterstünd aber nur ein paar Worte. Er hatte auch gar keine Lust besonders zu lauschen.

„Gerade jetzt geht du fort“, sagte der Mann. Die Antwort Dandés hörte Schumann nicht. Dann wieder längeres Gesülter, schließlich Dandés Stimme lauter:

„Wenn du kein Beträuer bist, so tut es mir sehr leid. Es ist doch lächerlich, du wirst dich noch wundern, wie sehr ich an meinem Platz bin!“

Sie fuhren über den Arberg. Die Berge dampften in der Morgenfrühe. Die kleinen Stationen waren schon nach Schumann begleitet den Wagen. Die Postautos auf den Landstraßen verjagten vergeblich Konkurrenz zu fahren. Das Vieh lag wohl auf den Weiden. Es war ein frischer Tag, und die Luft füllte voraussehend das Welt.

Dandé sah zu den Gipfeln der Berge empor, die sich um den Zug drehten, schaute in die Täler, die sich immer neu zusammenfalteten und aufstauten, blickte auf die Berge, die an seinen Abhängen aufwuchsen und sich oft nur wie Fadenstränge der Felsen ausnahmen. Sie war ausgeschlafen. Auch Schumann blickte fröhlicher als bei der Abfahrt. Diese Reise war die rechte Seite in einem neuen Kapitel. Das Ende würde sicher, wie jedes Ende, traurig sein, aber vielleicht dauerte es noch ein wenig bis dahin.

Als er zu überkam ihn der Wunsch, irgendwo aussteigen zu wollen, um es dem Zufall zu überlassen, was weiter aus ihm würde. Man würde sich in ein kleines Hotel setzen, in die Berge gehen, allmählich lernen, den schweren Dialekt der Bauern zu verstehen, vielleicht sich selber später ein kleines Anwesen kaufen. Die freundlich die Häuser verstreut auf Wiesen und Geröll lagen, wie anheimelnd für sich um die Kirchdämme drängten. Aber Schumann wachte: man durfte nicht näher gehen. Je weniger Menschen beisammen, desto furchtbarer der Klatsch, desto furchtbarer die Feindschaft aller gegen alle. In Wien war Dandé für den Hotelvorsteher ein Gast wie alle anderen, nur mit einem erotischen Rah. Am Dorfwirtschaftshaus hätte sie keinen Laut tun können, ohne daß der Pförtner und der Krämer davon erfahren hätten. Man wäre ihnen nachspioniert in den Wald, man hätte sie auf alle mögliche und unmögliche Weise beobachtet — nein, das mit der Idylle war ein Traum. Die ganze Dandé war ein Traum. Wie kam dieses Mädchen dazu, so plötzlich sich ihm hinzuworfen, sich aufzusperren, alles stehen und liegen zu lassen und ihm zu vertrauen? Denn wenn er sich jetzt auch ruhig in die Pflanze zurücklehnte, so war es doch gewiß, daß er Hien entgegen fuhr, die seine ganze Persönlichkeit erforderten, und bei deren Erreichung Dandé nicht mehr als beitenfalls Werkzeug, eine Hilfsperion, ein Mittel sein würde. Warum suchte er eigentlich die Kinder?

Als er sich das wieder überlegte, empfand er eine so heiße, intensive Sehnsucht nach den drei verschollenen Geschöpfen, daß er erschalt und, wie in Furcht vor einem Anfall, die Briefstafche herauszog und das Kinder-Photo betrachtete. Er wachte dann, daß er zu den Kindern hin floh, sich vor dem Schreckgesicht der Bitten, von der sie ihn durch ihr Dasein erlösen sollten. Vor allem aber war sein Leben mit dem ihren verknüpft und würde ohne sie auf der Stelle zu verwehen beginnen. Er war verloren, wenn er nicht suchte. Es war seine Aufgabe. Vielleicht war er auch verloren, wenn er sie fand. Jedes Leben muß gelebt werden, so wie es vorgeschrieben ist, es gibt da kein Ausbrechen. Der Teufel kann nicht den Guten, der Gute nicht den Teufel spielen, der Verdammte muß ewig laufen, um ein Stück Brot zu bekommen, von dem er doch nicht satt wird, der andere steht noch nicht vom Stuhl auf und föhrt sich aus der Reichweite seiner Hände, um mit zerplatzten Därmen vor die Hunde zu gehen. Ohne die Kinder wäre er heute nicht der reiche Mann, der sie finden könnte, ohne sie hätte er nicht jene Eigenschaften entwickelt, von denen er auf dem Majernhof noch nichts geahnt hatte, ohne sie lähe ihm auch Dandé nicht gegenüber.

Schumann hatte eine ganze Anzahl von Frauen gelannt. Er war die blühende Liebes-Schule durchgegangen, von der Gouvernante an einem heißen Sommerabend und den jungen Mädchen, die ihn nach der Tanzstunde im dunklen Korridor erchipt hatten, bis er schließlich die Baronin Margarete Luise geheiratet hatte, die, bager und hingebend, ihn durch ihre Passivität eher gelähmt als gefördert hatte. Alles war, einschließlich der Ausweichungen in den Militärpuffs der kleinen Garnisonsorte, höchst durchschnittlich gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Henleins „zwei Drittel“

und eine christlichsoziale Abrechnung mit seinem „Kulturprogramm“

„Das Volk“, das Blatt der schlesischen Christlichsozialen, hält dem Henlein und der SDP eine Sonntagspredigt, die sich gewaschen hat. Vor allem widmet sich dieses Organ der „Kultur“, die derzeit vom „Mutterland“ ausströmt:

„Nichts ist für die herrschenden Verhältnisse so bezeichnend, als daß heute im Dritten Reich die deutsche Kultur als Unterabteilung des Propagandaministeriums (!) vermarktet wird. Nichts ist für die neudeutsche Entwicklung so sehr charakteristisch, als daß die Gebiete Musik, Theater, Dichtung und Film in das Ressort der politischen Propaganda fallen. Wenn die deutschen Klaffler das Unglück hätten, heute zu leben, die gute Hälfte von ihnen würde „wegen politischer Unzuverlässigkeit“ vom Herrn Reichspropagandaminister ausgeschaltet und mundtot gemacht werden.

Der „Reichskulturkammer“ gehört als „Kulturionator“ Herr Alfred Frauenfeld (!) aus Wien an. Von seiner kulturfördernden Tätigkeit weiß man nur soviel, daß er in den zwanziger Jahren in Wien ein pornographisches Käseblattchen herausgab, das von der Polizei eingeklinkt wurde, daß er dann abwechselnd Schuldigungsgebiete für den jüdischen Sozialpräsidenten Sieghardt und den „Reichsleiter“ Otto fabrizierte. Dann betätigte er sich in der NSDAP, stützte nach Deutschland und erhielt zur Belohnung einen Sitz in der „Reichskulturkammer“. Meint Herr Henlein diese Kultur?

In jeder öffentlichen Bibliothek des Deutschen Reiches soll Rosenbergs „Wirdos des 20. Jahrhunderts“ eingetastelt sein, ein Werk, das bereits längst von Faschisten als unwissenschaftlich abgelehnt wurde. Rechnet Herr Henlein auch dieses elende Machwerk zu den deutschen Kulturwerken, mit denen wir den Zusammenbruch nicht verlieren dürfen? Oder meint Henlein unter deutscher Kultur Goethe, Schiller, Beethoven, Mozart, Kant und Hegel? Gehören die deutschen Forscher und Gelehrten, die heute an den Universitäten in Oxford, Cambridge, Göttingen, in der Türkei, in der Schweiz und in Amerika wirken, weil sie sich nicht gleichschalten lassen wollten, zur deutschen Kultur oder nicht?

Interessant scheint uns auch das zu sein, was das katholische Blatt zu Henleins Auslassungen über das Theater zu sagen hat:

„Henlein sagte, es müsse gründlich überprüft werden, wie und durch wen die Regelung der Theater-Spielpläne erfolgen soll. Das hört sich fast so an, als ob die SDP, in Einklang bestimmend wollte, welche Stücke auf den sudetendeutschen Bühnen und Kinos vorgeführt werden dürfen. Eine solche Regelung wäre auch von unserem Standpunkt zu begrüßen. Denn es würde sich wieder nur die altbekannte Tatsache erweisen, daß die legitime und gründlichste Überprüfung der Spielpläne durch das Publikum selbst erfolgt. Die Theaterstücke, welche z. B. vom Reichspropagandaministerium als „wertvoll“ empfohlen wurden, haben vielfach einen elenden Besuch aufzuweisen. Die Errichtung einer SDP-Prüfstelle könnte nur die erfreuliche Folge haben, daß die Uniformierung unserer sudetendeutschen Kulturlebens schnell ad absurdum geführt wird.“

Zum Schluß aber prüft das zitierte Blatt wieder einmal die „mehr als zwei Drittel der Sudetendeutschen“, auf die sich Henlein auch in seiner Prager Rede berief, und stellt fest:

„... daß Henlein bei äußerst wohlwollender Berechnung 62,6 v. H. aller abgegebenen Stimmen erhalten hat. — Wenn wir eine sehr hohe Wahlbeteiligung von 90 Prozent annehmen (eine Zahl, die in Wirklichkeit natürlich überaus nicht erreicht wurde), so hat die Henleinpartei rund 58 Prozent aller verfügbaren sudetendeutschen Stimmen erhalten. Nur von diesen

Der „einzige Lichtblick“ der „Loyalen“ . . .

Die „Egerer Zeitung“ schließt einen Beitrag über Genf, Abessinien und Italien mit folgender Neuerung:

„Wer jetzt eine rasche Beilegung der alten Konflikte erwartet, dürfte sich schwer täuschen. Militärisch herrscht Klarheit. Politisch gesehen, geht es jetzt an das große Heilschen. Es wird unerkennlich werden, solange nicht die großen Gesichtspunkte, die z. B. der deutsche Kanzler in seinem letzten Interview andeutete, ehrliebe Beachtung erfahren. Sie sind der einzige Lichtblick in einer Welt, die nicht durch eigene Verunft, sondern im Augenblick nur durch militärische Tatsachen und durch Vorgänge außerhalb ihrer freien Entschlüsse belehrt wird.“

Hitler — der einzige Lichtblick! Da wäre wirklich ein Kommentar überflüssig.

Noch ein freigewerkschaftlicher Erfolg in Ostböhmen

Die Betriebsauswahlgewahlen bei der Firma Kluge in Ober-Altstadt brachten der Union der Textilarbeiter 388 Stimmen und fünf Mandate, die Mehrheit der Stimmen und Mandate, da die völkische Einheitsfront nur 379 Stimmen zu erzielen vermochte. Dieser freigewerkschaftliche (und damit sozialdemokratische) Erfolg ist umso bedeutender, als die Henleins seit dem 19. Mai 1935 in Eberstadt und im Bezirk Kluge so sich zu verhalten begonnen hatten als ob es eine Sozialdemokratie dort nicht mehr gäbe. Der jetzige Sieg der „Union“ ist also für die SDP eine schwere Enttäuschung.

Reichsdeutsche Spione in Billn verhaftet

Am Montag früh wurde vor der Kaserne in Ruttenschlag bei Billn ein reichsdeutsches Auto gestoppt, dessen Insassen, wie Passanten beobachteten, Zeichnungen und Pläne anfertigten. Die Gendarmen verhaftete hierauf diese drei Leute (es sind dies Martin und Vera Seidel und Christian Kofler aus Dresden), da außerdem noch belastendes Material bei ihnen vorgefunden wurde. Die bisherigen Erhebungen sollen bereits ergeben haben, daß die Reichsdeutschen mit hier-

58 Prozent kann Henlein behaupten, daß sie in feinen Reihen stehen. Mehr nicht! . . . Diese 58 Prozent „aller Sudetendeutschen“ haben Henlein und der SDP zunächst einen politischen Auftrag gegeben. Einen kulturellen Auftrag konnten sie ihm nicht geben, weil die SDP, dasmal ein kulturelles Programm überhaupt nicht hatte. Es ist niemals gut, wenn man sich an eine zweite Aufgabe heranmacht, bevor man die erste vollendet hat. Henlein möge daher zuerst seine politischen Versprechungen erfüllen. Bevor das nicht getan ist, möge er sich mit weiteren Aufgaben lieber nicht überbürden und die Kulturgebiete daher vorläufig berufenen Faktoren überlassen.“

Erfreulich zu sehen, wie nun auch Christlichsoziale (freilich mit Ausnahmen) helfen, auf daß Henleins Bäume nicht in den Himmel wachsen, den sie ihm erst allzu lange prophezeiten. Spät kommen sie, doch nicht zu spät!

figen Bewohnern in Verbindung gestanden haben. Wie weit die Fäden laufen, dürfte die Untersuchung ergeben.

Der Bundestag des Arbeiter-Sängerbundes ist für den 11. und 12. April nach Auffassung E. einberufen. Die Tagesordnung enthält außer den Berichten und organisatorischen Punkten ein Referat über „Kultur und Faschismus“. Der Bundestag findet im Volkshaus, Masarowskaja, statt. Die Verhandlungen beginnen am 11. April um 18 Uhr.

Die Bezirkskonferenz Falkenau am vergangenen Sonntag war von 140 Delegierten besucht. Den Tätigkeitsbericht erstattete Genosse Kay, der aufzeigte, daß die Partei bei den Parlamentswahlen zwar schwere Verluste aufzuweisen hatte, daß aber der Grundstock unserer Bewegung unerschütterlich blieb. Wohl wurden im Berichtsjahre 700 Stück Karten weniger umgelegt, doch konnte der Mitgliederstand behauptet werden. Bei den Frauen ist ein Zuwachs zu verzeichnen. Auch bezüglich unserer Presse haben wir unseren Stand gehalten. Sicherlich ein Erfolg, wenn berücksichtigt wird, daß die Vereinfachung unserer Arbeiterschaft geblieben ist. Nicht nur, daß 90 Prozent aller Beschäftigten im Bezirk Aurlarbeiter sind, ist auch das Lohnniveau gesunken, die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. — An der Debatte über das Referat, das sich im weiteren Verlauf mit allen wichtigen Fragen beschäftigte, nahmen 19 Genossen teil. Sodann wurden alle Anträge einstimmig angenommen. Zum Bezirksvertrauensmann wurde wieder Genosse Finzer gewählt.

Gedenktafel für die Entdeckerin des Radiums in Joachimsthal. An dem Kurhaus in Joachimsthal wird für Frau Marie Curie Sklodowska, die mit ihrem Gatten, dem französischen Chemieprofessor Curie, im Jahre 1898 im Joachimsthaler Uranerz das Radium entdeckte, und so die Grundlagen für die spätere Weltberühmtheit des Radiums schuf, eine Gedenktafel errichtet werden. Die feierliche Enthüllung findet am 17. Mai statt.

Die Staatsprüfungen für das Lehramt der Musik und des Gesanges an Lehrerbildungsanstalten und für das Lehramt des Gesanges an Mittelschulen (St. Min.-Erl. vom 3. IV. 1928, Zahl 6550-II) finden jenseits Mitte Juni l. J. statt. Anmeldungen sind bis zum 10. März Prag II., Wladislavova 23, zu richten.



Henleins Kulturideal: Klubo-Kunst

Kriegsgericht gegen die Putschisten?

Tokio. Ueber Antrag des Prinzen Saionji, der vorher Beratungen mit zahlreichen politischen Persönlichkeiten hatte, wurde Prinz Konoe, der Vorsitzende des japanischen Oberhauses, zum Ministerpräsidenten ernannt. Prinz Konoe, der im Oberhaus zur Rechten gehört, erbat sich jedoch in einer Audienz vom Kaiser die Erlaubnis, die Kabinettsbildung ablehnen zu dürfen, wobei er sich auf seinen erschütterten Gesundheitszustand berief. Die Ablehnung erregt großes Aufsehen, da in der ganzen japanischen Geschichte noch kein derartiger Fall vorgekommen ist.

Die Situation ist nach wie vor nicht zu übersehen. Die Mitglieder des Obersten Kriegsrates haben dem Prinzen Saionji ihr Rücktrittsgesuch unterbreitet und ihm gleichzeitig ein Memorandum überreicht, worin sie sich für eine vollkommene Erneuerung der Staatspolitik ausprechen, die nur von „neuen, unverbrauchten Kräften“ in Ordnung gebracht werden könne; die Entscheidung müßte sehr schnell getroffen werden, um einen Ausgleich innerhalb der Armee herbeizuführen.

Demgegenüber hat der Geheime Staatsrat, der unter dem Vorsitz des Kaisers tagte, ein Militärsondengericht unter Vorsitz des Kriegsministers eingesetzt, das das Strafverfahren gegen alle an dem Putsch beteiligten Personen durchführen soll. Darin erblidet man allgemein eine entscheidende Wendung der sozialen Berater des Kaisers gegen die radikale Bewegung in der Armee. Einer amtlichen Meldung zufolge waren an dem Putsch insgesamt 1400 Offiziere und Soldaten verschiedener Regimenter in Japan beteiligt.

Abessinien wird annehmen

Addis Abeba. Im abessinischen Außenministerium traf das Telegramm ein, in welchem Abessinien aufgefordert wird, die Feindseligkeiten gegen Italien einzustellen. Das Telegramm wurde sofort an den Kaiser weitergeleitet, der Anweisungen direkt an den abessinischen Gesandten in Paris erteilen wird. Unoffiziell wird berichtet, daß eine Ablehnung abessinischerseits kaum erfolgen dürfte, da Kaiser Selassie jede Gelegenheit zur Friedensschließung aufnehmbarer Basis, wie er dies bereits erklärt hatte, in Betracht ziehen wolle.

Sechsfach überzeichnet!

Washington. Die mit einem Betrage von 1250 Millionen Dollar ausgeschriebenene neue Emission der Regierungsbonds ist mit einem Betrage von 7550 Millionen Dollars um ein Sechsfaches überzeichnet worden. Es ist dies der größte Erfolg einer staatlichen Anleihepublikation seit dem Weltkriege.

Prager deutsche Sendung im Feber

Kürzlich sprachen wir hier das Bedauern darüber aus, daß die leitende Hand fehlt, die die eine wichtige Abendstunde für den deutschen Hörer in der Provinz zum wichtigsten kulturellen Faktor macht. In viel schärferer Weise gab nun das Generalorgan unserer tschechischen Biederpartei, das „Pravo lidu“, eine Kritik über die Leitung der deutschen Sendung ab; es sei von Grund auf eine Neuregelung der Gesamtleitung notwendig, wenn wir den Rundfunk für seine kulturellen und demokratischen Aufgaben einsetzen wollen.

Von Bedeutung war der Vortrag Dr. Albert Wodrazil über den Wesen des Unpolitischen zur Politik. Der Vortragende legte die Demokratie und die damit zusammenhängenden Parteibildungen als lebensnotwendig klar und wehrte sich gegen jede Totalität in der Politik.

Mit Ausnahme der in jeder Woche abgehaltenen „Aktuellen zehn Minuten“, in denen alle wichtigen politischen Ereignisse ihre demokratische Würdigung fanden, so die Wahlen in Frankreich, das Attentat auf Leon Blum, das Verbot der NSDAP in der Schweiz u. a., wurde nichts zur politischen Erkenntnis der deutschen Bevölkerung beigetragen. Der Landwirtesfunk brachte zwei Vorträge: Der Bauer in der Geschichte und zur Geschichte des Land- und forstwirtschaftlichen Zentralverbandes, die politisch erzieherisch hätten sein können, wenn endlich die Vortragenden der Landwirtebewegung den Mut fänden, den Bauern ihre freibeitliche Vergangenheit und den

Wert bürgerlicher Freiheiten zu schildern, statt nur immer wieder zu erzählen, welche wichtige wirtschaftliche Funktion der Bauer ausübt. Mit dem „Standbewußtsein“ allein ist es nicht getan, es muß der Bauer zu demokratischem Denken geführt werden, kraft seiner Geschichte und seiner wirklichen geschichtlichen Zukunftsaufgaben.

An der Spitze der Vorträge, die wirtschaftliche Ereignisse betrafen, stand der des Genossen Franz Kehlwald, Reichenberg. Seine Ausführungen, die die Zustände in der Textilindustrie schilderten, zeigten den Ernst der Lage, aber auch die Sachlichkeit, mit der in unserer Textilarbeitergewerkschaft, der führenden in dieser Staats, alle Probleme der Textilindustrie betrachtet werden. — Walter Wannenmacher gab in seinem wirtschaftsreligiösen Vortrag seine pessimistischen Auffassung hinsichtlich der Auswirkungen des neuen Kaufordnungsgesetzes Ausdruck und hatte auch sonst den anderen wirtschaftlichen Ereignissen in unserer Republik nichts hinzuzufügen. So vergaß er besonders, auf die Plagen der Rüstungsindustrien, auf die gewaltigen Kursteigerungen ihrer Aktien hinzuweisen und auf die hohen Reingewinne vieler Industrien, ebenso auf die gesteigerten Produktionsziffern und dazu die steigende Zahl der Arbeitslosen und das elende Lohnniveau der Arbeiter in Vergleich zu stehen. Solche „objektive“ Reliefs sind für die Kap.

Einige literarische Sendungen verdienen gelobt zu werden. So brachte L. W. Rohowanski aus seinem Buch: „Columbus in der Slowakei“ einige Proben zur Verlesung, aus denen ein ausgezeichnete Schilderer, der auf einmal eine neue Welt entdeckte, sprach. Es gelang ihm, Landschaft und Stimmung, Menschen und Gebräuche in einfacher, schöner Sprache glaubhaft zu schildern. Auch die Ein-

leitung Max Brods zu dieser Vorlesung, ein Verzeichnis zur Humanität und Verhöflichkeit, sei erwähnt. Dagegen zerstörten die anschließenden, sogenannten „heiteren“ Öklogen: „Wir sind doch beim Gesangsverein“, vollkommen die Stimmung. — Dankbar sei der Worte gedacht, die Paul Lepin für die Dichterin Elise Kasper-Schäfer zu ihrem 60. Geburtstag sprach. Wenig Wert hatte ein Zwiegespräch über: „Warum abstrakte Kunst?“ Diese Zwiegespräche wirken konstruiert und verlieren daher an Wirkung. Abgesehen davon dürfte gerade der Stoff, um den sich dieses Zwiegespräch drehte, weder durch die Form noch durch den Inhalt verständlicher geworden sein. — Dr. Hans Schmidt versuchte in einem Vortrag: „Der Weg vom Individuum bis zur Gemeinschaft“ mit Gedichten junger Deutscher zu beweisen, wie groß die Sehnsucht zur Gemeinschaft geworden ist. Das mag stimmen. Nur ist der dichterische Ausdruck dieser jungen Menschen, den uns Dr. Schmidt zu vermitteln für notwendig erachtete, absolut nicht überzeugend.

Zwei pädagogische Vorträge verdienen hervorgehoben zu werden. Den einen hielt Fachlehrer Bergmann aus Reichenberg über: „Das Kind in der Beurteilung seiner Eltern und seiner Lehrer“; er unterrichtete besonders, wie gut gerade die Erziehung ist, die eigentlich keine ist, sondern nur durch das Vorbild der Eltern und Lehrer wirkt. Sein Hinweis, wie vielen Eltern der Maßstab, das eigene Kind zu beurteilen, fehlt und wie ihn der Lehrer im Vergleich mit anderen Kindern findet, wird die Stellung des Lehrers gewiß nur heben. Auch daß er gegen den Autoritätsfimmel vieler Eltern loszog, sei besonders erwähnt. Genosse Josef Hudl, Auffig, sprach über die neue Schule und ging von der Tatsache aus, daß die Ursache der Schul-

reformbestrebungen in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandlungen unseres Zeitalters zu suchen sind. Er verlangt, daß man nur jene Traditionen in die neue Schule übernimmt, die Kulturwerte besitzen und also verdienen, erhalten zu bleiben. Die neue Schule verlangt insbesondere den neuen Lehrer, der mit vielen alten Dingen brechen muß, die er in seiner Vorkriegszeit aufnahm. Der Lehrer muß in fortgesetzter Selbstkritik und lernen, er muß sich umhellen auf die jetzigen geschichtlichen Verhältnisse, in die das Deutschum in diesem Staate gestellt ist. Die Vereinigung sozialdemokratischer Lehrer versuchte in ihren pädagogischen Wochen dem Lehrer neue erzieherische Grundlagen zu vermitteln und wird auch in diesem Jahre ihre wichtige Kulturarbeit fortsetzen.

Von den Hörspielen verdienen genannt zu werden: Das Goethe-Lustspiel „Die Wilschuldigen“, Káfrners „Bänkchen und Anton“ in der Jugendstunde und die entzückende Kursoperette von Johann Brandl: „Des Löwen Erwachen“. Unter den musikalischen Darbietungen fiel ein Konzert von Mähr. Orchestra auf, das ein besonders gut geleitetes Orchester aufweist. Technisch einwandfrei war auch die Uebersetzung von Wagner: „Lohengrin“ aus dem Prager Deutschen Theater, das dem Hörer eine abgerundete, schöne Aufführung schenkte. Weder die Liederkonzerte, noch die musikalische Hörfolge anlässlich des Todesjahres Heinrich Heines konnten befriedigen. Man vergißt bei der Aufnahme solcher Programmpunkte ganz, daß der Hörer in der Provinz auf die Stimmung, z. B. indischer Lied, erst vorbereitet sein muß, soll er dafür aufnahmefähig werden. Daher wären immer einleitende Worte notwendig. Richard Bauml.

Ausland

Ein Rettungsversuch für Todesbedrohte

Nachprüfung des Richardstraße-Prozesses

Fünf Arbeiter von Berlin-Kreuzkölln sind in Gefahr, dem Henkerbeil zu verfallen. Knoll ihrer Genossen, in dem gleichen Prozeß verurteilt, verschwinden auf lange Jahre hinter Ruchthaus- oder Gefängnismauern. Vierzehn der Angeklagten im Richardstraße-Prozeß sind freigesprochen oder es ist das Verfahren gegen sie auf Grund der „Schleicher-Amnestie“ von 1932 eingestellt worden. Die meisten von diesen sind bisher nicht in Freiheit gesetzt und ihre Angehörigen können nicht einmal erfahren, wo sie sich befinden.

Nur wenigstens die Fünf vom Nichtsblod zu bewahren, hat die „Union für Recht und Freiheit in Prag“ ihre Verteidiger erlucht, alle nur möglichen Rechtsmittel nachdrücklich einzusetzen. Es sind natürlich nur vom Gericht gestellte Anwälte, da sich diese mittellosen Angeklagten keine eigenen Verteidiger wählen konnten. Aber selbst diese Offizial-Verteidiger sind während des Prozesses mit Staatsanwalt und Gericht in Konflikt geraten und einer von ihnen ist sogar mit dem Ausschluß aus der Anwaltschaft bedroht worden. So kann man vielleicht erwarten, daß die Verteidiger sich ihrer Pflicht nicht entziehen und ihre Klienten zu retten trachten werden. Wie Rechtsanwält Dr. Knoll und andere Redner in einer Pressekonferenz mitteilten, weist ihr Appell an die Berliner Anwälte besonders auf die Widersprüche in den Aussagen der Angeklagten Schulz und Zimmermann hin. Diese beiden, schwer vorbestrafte Leute, haben zunächst gestanden, bei jenem Zusammenstoß geschossen zu haben. Später haben sie dieses Geständnis zurückgezogen und dafür ihre Mitangeklagten belastet. Offenbar zum Lohn sind sie nicht wegen „Mord“, sondern nur wegen Teilnahme an der demonstrierenden Menge, allerdings auch zum Tode, verurteilt worden. Diese Unterscheidung aber macht dem Regime ihre Begnadigung leichter. Weiter wird betont, daß nach der höchstgerichtlichen Rechtsprechung das Verbrechen des Mordes Vorjah und Heberlegung erfordert. Die gegen die 24 demonstrierende Menge kann aber gar nicht die Lösung des Nazivertres beabsichtigt haben, so daß all diese Verurteilungen wegen Mord rechtswidrig sind.

Der Richardstraße-Prozeß war mehrmals angehängt und wieder abgesetzt worden. Bei seinem Beginn forderte der „Völkische Beobachter“ fünfzehn Todesurteile und die Staatsanwaltschaft wollte beweisen, daß kommunistische Parteimitglieder den Angriff auf das Nazi-Totalarrangiert hätten. Die Urteilsbegründung spricht von alledem kein Wort, so daß der politische Zweck der Anklage zusammengebrochen ist und mit ihm auch die Absicht, weitere politische Prozesse auf diesem Urteil aufzubauen. Aber auch so muß der Protest der Kulturwelt das Leben der fünf Kreuzköllner weiter vor dem Henker retten.

Chinesische Studenten kämpfen gegen die Polizei

Beiping. Circa 1200 Studenten hatten mit 400 Polizisten, welche die Universität Tsinghua durchsuchten, einen Zusammenstoß. Die Polizei wollte Studenten verhaften, die der politischen Agitation verdächtigt wurden. Auf beiden Seiten gab es mehrere Tote. Mehrere Polizeiautos wurden vernichtet. Viele Personen sind verhaftet worden. Eine Hausdurchsuchung wurde auch in der Nationaluniversität durchgeführt.

Mussolini droht. Wie um die optimistischen Nachrichten von der Unmöglichkeit einer deutsch-italienischen Entente zu widerlegen, veröffentlicht der offiziöse comische „Giornale d'Italia“ einen Leitartikel, in dem ausdrücklich darauf verwiesen wird, daß Italien

sich das Recht vorbehalte, alle Verträge in dem Augenblick zu revidieren, wo es das für notwendig erachten werde. Die Ereignisse haben bewiesen, daß England das Mitteländische Meer in einen Hauptstützpunkt seines Empire zu verwandeln beabsichtigt, wobei London eine drohende Position gegenüber jener Macht einnehme, die dort die wichtigsten Interessen habe. Frankreich und die anderen mit-

telländischen Mächte haben einen außerordentlichen Leichtsinn an den Tag gelegt. Italien müsse also nun, im Lichte dieser neuen Situation, sein Verhältnis zu allen diesen Staaten revidieren. In erster Linie müsse das französisch-italienische Abkommen vom 7. Jänner 1935 einer Revision unterzogen werden, weil die heutigen Abmachungen zwischen England und Frankreich dem Geiste dieses Abkommens widersprechen.

Gerichtssaal

Glück und Ende der Firma Jurák & Co.

Der Millionenkrach der seinerzeit größten Getreidefirma der CSR Eine Sumpfbüchse der Nachkriegskonjunktur

Prag. In dem Prozeß, der Mittwoch nach dreitägiger Verhandlung vor dem Straßengericht Trost abgeschlossen wurde, wirtbelien wieder einmal die Millionen nur so durch die Luft. Dieser Prozeß war das strafgerichtliche Nachspiel zum Krach der seinerzeit größten Getreidefirma der Tschechoslowakei, die in der unnatürlichen Konjunktur der Nachkriegszeit geradezu aus dem Nichts ins Leben trat, um nach kurzer Blütezeit unter übelsten Begleiterscheinungen wieder zu verschwinden. Nichts blieb übrig als ein Millionenbefehl und die Verurteilung gegen die Geschäftsführer dieser Firma, den 33jährigen Rudolf Fischer, den gleichaltrigen Johann Zurek und den Buchhalter Otto Starck, wobei die beiden letzteren aber eine untergeordnete Rolle spielen.

Begreiflich, daß sich das Strafverfahren jahrelang hinzog, wenn man bedenkt, daß die Unterlagen und Belege der Strafanzeige sechzehn Kisten füllten.

Begnügen wir uns mit einer knappen Zusammenfassung dieser Affäre, die so überaus bezeichnend für die Zeit der kapitalistischen Nachkriegskonjunktur ist. Die Angeklagten waren österreichische Rechnungsführer und machten sich als Angehörige der ukrainischen Befehlshabermasse mit Approbationstragen gut vertraut. Als sie in die ausgedehnte Heimat zurückkehrten, taten sie sich zusammen und gründeten eine Gesellschaftsform unter dem Firmennamen Jurák & Co., die sich mit dem Handel mit Getreide, Futter und Hülsenfrüchten befaßte. Fischer schloß 300.000 Kč in das Geschäft ein, Zurek 60.000 Kč und Starck, der als Buchhalter fungierte, nur 20.000 Kč.

In welcher Weise die Firma aufblühte, davon zeugte die Tatsache, daß die mit einem

Grundkapital von 380.000 Kč arbeitende Firma nach kurzer Zeit einen Jahresumsatz von 600 Millionen erzielte und der insgesamt akkumulierte Kredit zwei Milliarden überstieg.

Daß unter solchen Umständen die Banken sich eine Ehre daraus machten, die Firma Jurák zu ihren

Kommittenten zu zählen, versteht sich von selbst. Die Firma genoss noch absolutes Vertrauen, als ihre Situation bereits trotz allem ähsterten Glanz präpariert worden war. Nach dem Sachverständigenurteil war die Bilanz der Firma bereits 1924 „frisiert“ und seitdem ging es rapide bergab, obwohl die Bilanz ein erfreuliches Bild veranschaulichte. Obwohl die Firma keinerlei Revisionen duldet, erhielt sie doch noch weitere Kredite, weil sowohl Banken als Privatleute ihr blind vertrauten.

Was eigentlich den unaussprechlichen Krach herbeiführte, steht nicht ganz eindeutig fest. Vermutlich mißlungene Börsenspekulationen. Allerdings verbrauchten die Inhaber des Unternehmens auch riesenbeträge für sich. (Der Jahresaufwand Fischers wurde mit 564.000 Kč angegeben.) 1928 bis 1929 war die Sache jedenfalls so weit, daß sie ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnten, was sie aber nicht hinderte, neue Kredite zu beanspruchen. 1930 suchten sie um Ausgleich an, nachdem sie kurz vorher dem absterbenden Geschäft noch eineinhalb Millionen für eigenen Bedarf entnommen hatten. Aus dem Ausgleich wurde ein ungeheurer Konkurs. Nach der seinerzeitigen Feststellung des Masseverwalters fanden Aktiven von 2,2 Millionen Kč Passiven von 33 Millionen gegenüber.

Neben vertriebenen Privatleuten erlitten die Anglo- und Kommerzbank einen Verlust von 9.865.000 Kč, die Industrialbank einen solchen von 2.800.000 Kč.

Die Angeklagten verteidigten sich mit dem Eintritt der Krise und bestritten die ihnen zur Last gelegte betrügerische Krediterschleichung. Tatsächlich erachtete das Gericht auf Grund des Beweisverfahrens nur einen Teil der Verluste als strafrechtlich verfolgsbar.

Das Urteil lautet für Rudolf Fischer auf zwei Jahre, für die beiden Mitangeklagten auf drei Monate Kerker.

Jurák und Starck wurde die bedingte Verurteilung zuerkannt.

Hausbesitzerin durch Melneid

Prag. Im April 1930 verstarb in Vysokan der Reichsmeister Anton Polak, der außer einem ansehnlichen Barvermögen noch ein dreistöckiges Wohnhaus hinterließ. Ein Testament wurde nicht vorgefunden und so streuten sich verschiedene Anverwandte auf die schöne Erbschaft.

Ihre Erbebinde dauerte indessen nicht lange, denn bei der Verlassenschaftsbehandlung trat plötzlich die 61jährige Witwe der Verstorbenen, Aloisia Kozel, mit einem unerwarteten Anspruch hervor. Sie erklärte, daß ihr verstorbener Dienstgeber fünf Tage vor seinem Tod ihr mündlich in Gegenwart von zwei Hausbewohnern das Haus vermachte habe — als Zeichen des Dankes für langjährige treue Dienste. Dieser Anspruch überraschte allgemein, denn unmittelbar nach dem Todesfall hatte die Kozel bloß der lebenslänglichen wemtellichen Wohnungsvermietung Erwähnung getan, die ihr der Tote seinerzeit tatsächlich zugesagt hatte.

Die gesetzlichen Erben protestierten natürlich und strengten eine Klage gegen die Anspruchstellerin an. Aloisia Kozel gewann indessen den Prozeß

in allen drei Instanzen, denn sechs Zeugen bekräftigten unter Eid jenes mündliche Testament, wobei sie noch diese räuberische Szene mit allerlei Details liebevoll ausmalten und vor dem Richter reichliche Tränen vergossen. Zwei dieser Zeugen sind Frauen und heißen Genoveva Sebek und Antonie Pokorny. Außerdem bestätigten noch die Männer Stadlofsky, Urdanek und Kohlíček den letzten Willen des Hausbesitzers und ebenso die Frau des Verlegenenanten.

Die Sache schien ein für allemal zugunsten der Kozel entschieden, als plötzlich der Polizei anonyme Anzeigen zugehen begannen, daß die ganze Sache ein wüster Bluff sei. Und tatsächlich — gleich beim ersten Verhör gelang die Wehrzahl der sechs Zeugen ein, offensichtlich falsch ausgelegt zu haben, um die Kozel in den Besitz des Hauses zu bringen — natürlich nicht aus reiner Freundschaft, sondern gegen entsprechende Belohnung.

Geheim fanden Aloisia Kozel und ihre sechs Helfer vor dem Senat Strážkufel, der nach durchgeführter Verhandlung die Kozel zu fünf Jahren Kerker, die übrigen sechs Angeklagten zu je sechs Monaten schweren Kerker verurteilte.

Guthinson fiel schon bei seiner Einreise nach Indien unangenehm auf, durch den Besitz sozialistischer Literatur, die natürlich sofort konfisziert wurde. Auch „Die rote Blüte“ von Anatole France wurde beschlagnahmt. Ihres verdächtigen Titels wegen. Die Beteiligung Guthinsons an einer Aufführung des „Roten Alexander“, eines maurischen Schauspiels Rabindranath Tagores, brachte den Dichter zwar Lantime, aber Guthinson die polizeiliche Überwachung ein. Denn, nicht wahr, alles, was „rot“ ist, ist ja kommunistisch!

Was weiß der Europäer über die Lebensbedingungen des indischen Proletariats? „Auf der Suche nach Romantik“, wie er selbst sagt, kam Guthinson nach Indien, dem reichsten Lande des Imperiums, aber er findet nichts als das grauenvolle Elend von Millionen Arbeitstieren, denen das Leben in den Londoner Slums als Paradies erscheinen müßte. 50 Prozent aller Neugeborenen sterben in Bombay an der Pest, am Hunger, am Dred, und am Fehlen der einfachsten ärztlichen Hilfe. Die Arbeiter haben keinerlei Rechte, aber eben sammeln sie sich zum ersten mächtigen Widerstand: ausgehend von Bombay, erschüttert ein großer Textilarbeiterstreik das Land. Hunderte werden verhaftet; vor allem natürlich die Anführer.

Was kann ein junger Engländer, wenn er

auch alle Vorteile einer ausgezeichneten bürgerlichen Bildung genossen hat, anderes tun, als den Räubigen helfen — sofern er ein ausländischer Herr ist? Guthinson wird in die Politik gezogen. Hält Versammlungen ab, schreibt Artikel, nach einigen Wochen ist er Vizepräsident zweier ihrer Führer verurteilten Gewerkschaften. Dann kommt auch seine Verhaftung.

Guthinson ist Sozialist geworden, aber mit Stalin hat er so wenig zu tun wie der weihhaarige Jhababalla, der „Vater von 50 Gewerkschaften“, der mit der Bibel in der Hand vor den Richtern erscheint und als sein Lebensziel die „Verbollkommnung in Christo“ angibt. In Meerut trifft Guthinson schließlich seine „Mitverurteilter“, und zwei oder drei von ihnen kennt er sogar. Die Zustände in den Gefängnissen, der Hunger, die Verhandlungen — wir kennen das inzwischen selbst aus einem Land, das nicht in Äthen liegt.

Die Anklage ist eine lächerliche Sache, aber die Regierung muß sie ernst nehmen. Man braucht ein Exempel; man braucht den Beweis für eine kommunistische Verschwörung, denn unter ihrem Eindruck sollen neue Gesetze durchgebracht werden, die jede gewerkschaftliche Aktivität unter schwerer Strafe stellen und die legale schriftliche Propaganda vollends unmöglich machen. Der Prozeß wird immer wieder hinaus-

Togal
hilft rasch bei Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, Kopfschmerzen und bei Erkältungen. Haben Sie Vertrauen zu Togal. Ein Versuch überzeugt. Viele Arztgutachten. In allen Apotheken erhältlich. Kc 12- und 27/30.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Tschechoslowakische Wirtschaftsnachrichten

Ein Verlmutterknopf-Kartell mit Deutschland? Die tschechoslowakische Verlmutterknopf-Industrie führt Verhandlungen mit der gleichen reichsdeutschen Industrie zur Errichtung eines gemeinsamen Kartells für den deutschen Markt.

Tabakläufe in Griechenland. Die tschechoslowakische Tabakregie hat mit griechischen Firmen ein Abkommen getroffen, nach dem bis Ende Mai für rund 30 Millionen Kč griechische Tabake geliefert werden müssen.

Wiedererrichtung des Zuckerkartells. In der Zuckerindustrie wird über die Erneuerung des Zuckerkartells verhandelt. Die zur Zeit noch kritischen Fragen hofft man zu bereinigen.

Steigerung der Sparkasseneinlagen. Von Ende 1934 bis Ende 1935 ist der Einlagenbestand bei sämtlichen tschechoslowakischen Sparkassen von 20,6 Milliarden auf 21,8 Milliarden Kč gestiegen. Die Zunahme beträgt 700 Millionen Kč.

Internationaler Handelskammer-Kongreß in Prag. Die in zahlreichen Ländern bestehenden palatinischen Handelskammern werden sich im Laufe dieses Jahres in Prag zu einem internationalen Kongreß zusammenschließen.

Exportsubventionen für die Brauindustrie. Die Brauindustrie verlangt von der Regierung die Heberlassung von Gewerke für Exportzwecke zu dem stark gemäßigten Preis von 80 Kč. Sie begründet ihr Verlangen mit dem Hinweis, daß auch deutsche und holländische Brauereien verbilligte Gewerke für den Export zur Verfügung gestellt bekämen. Wer die Kosten dieser Subvention tragen soll, darüber machen die Brauindustriellen keinen Vorstoß.

Aufgang der Konkurse. Im Monat Jänner ist ein Aufgang der Konkurse und Ausgleichs zu verzeichnen.

Oesterreichischer Dauerauftrag für Mähr.-Ostria. Die Wiener Gasanstalt wird, einem langfristigen Liefervertrag zufolge, der bis 1939 folgt, 90 Prozent ihres Koksbedarfes in Ostria bestellen.

Der zweite Fünfjahrplan der Türkei

Die Türkei hat ihren ersten Fünfjahrplan, der eine ansehnliche Industrialisierung mit staatlicher Hilfe, jedoch auf privatwirtschaftlicher Grundlage enthielt, durchgeführt. Die Einzelheiten des zweiten Fünfjahrplanes wurden nunmehr von einer Hochleutenkommission unter Vorsitz des Wirtschaftsministers ausgearbeitet und der Nationalversammlung vorgelegt. Während der erste Plan hauptsächlich die Entfaltung der Textil-, Glas- und Papierindustrie enthielt, ist der zweite Plan weit größer angelegt. Er erstreckt sich vor allem auf den Bergbau und die Verhüttung, sowie die Elektrifizierung; zu seiner Durchführung soll ein Sonderkredit von 100 Millionen türkischen Pfund angefordert werden. Nach den Vorbereitungen zu schließen, wird fast der ganze Bergbau in absehbarer Zeit staatlich sein und durch eine staatliche Spezialbank kontrolliert werden; es handelt sich besonders um Kohlen- und Kupfervorkommen, ferner Eisen. Die Standorte der neuen Industrien sollen nach Gesichtspunkten der Rohstoffvorkommen, aber auch der Kriegsführung besonders sorgfältig ausgewählt werden. Auch die Erschließung von Ozeanellen soll gefördert werden.

Verschwörung in Indien

Von Max Herb

Vor ein paar Jahren hat sich die Weltpresse mit jenem indischen Hochverratsprozeß beschäftigt, der als „Prozeß von Meerut“ in die britische Kolonialgeschichte eingegangen ist. Es war ein Konstruktverfahren von größter Bedeutung, dessen Eindrücke noch heute im politischen Leben Indiens eine Rolle spielen. Konstrukt war in diesem Prozeß wirklich alles: der Umfang, die Dauer, die Kosten und — die Anklage. Mehr 30 Menschen waren des Verbrechs beschuldigt, „die Regierung Seiner Majestät durch die des Herrn Stalin zu ergötzen.“ Von März 1929 bis August 1932, also fast 3 1/2 Jahre, dauerte das Verfahren. Mehr als 1.600.000 Pfund Sterling hatte das indische Volk dafür zu bezahlen.

Leifer Guthinson, ein englischer Journalist von noch nicht 25 Jahren, war einer der Hauptangeklagten. Er hat bei George Allen & Unwin in London ein Buch über den Fall herausgegeben: „Conspiracy of Meerut“, und es ist wichtig genug, daß man sich damit beschäftigt. Denn hier wird der Beweis erbracht, daß die Konstruktionsmethoden der britischen Verwaltung auch heute noch weit davon entfernt sind, so human zu sein, wie manche Leute sie gern darstellen möchten.

geschoben; viele Angeklagte gehen zugrunde. Aber schließlich, mit Hilfe bezahlter Provokateure, kann man doch zu Urteilen kommen: Verhandlungsurteile auf viele Jahre und Zuchthaus. Guthinson erhält vier Jahre Zwangsarbeit — wie die anderen, ohne Anrechnung der dreieinhalbjährigen Haft.

Indien spaltet sich in zwei Lager, die leidenschaftlich für oder gegen das Urteil Stellung nehmen. Das größere steht in die hinter der Regierung. . . . Aber Gandhi, der Mahatma, der die Verhafteten besucht, seine Solidarität versprochen und sein Wort gebrochen hat — er schließt seinen Separatfrieden mit den Briten und der Niedergang seiner Bewegung datiert von diesem Tage. Neue Kräfte treten in die Politik.

Der „Prozeß von Meerut“ war kein Erfolg der Kolonialregierung. Die nationalistische Bewegung in Indien, bisher vor allem eine Angelegenheit der Intelligenz und des Bürgertums, kam dadurch in engerer Verbindung mit der Arbeiterschaft. Eine Linksentwicklung setzte ein, die noch lange nicht abgeschlossen ist. Indien ist noch nicht reif zur Revolution, weder zur nationalen, noch zur sozialen. Aber seit jenen Tagen von 1929, da Großbritannien mit seiner Provokationspolitik gegen die indischen Arbeitermassen begann, hat die Emanzipationsbewegung in Indien beträchtlich an Tiefe und Ausdehnung gewonnen.

